

buntesrauschen.

Mitteilungsblatt des AstA der Universität Bremen

#1 - Mai 2015



Proteste gegen die Eröffnung der neuen EZB-Zentrale. (Mehr auf S. 11)

Studentischer Protest war erfolgreich

Das vergangene Wintersemester war geprägt von lautstarken studentischen Protesten und dem entschlossenen Willen, den Beschluss zu den im Rahmen des Wissenschaftsplan 2020 vorgesehenen Kürzungsplänen, zu verhindern. Nachdem Student*innen drei Sitzungen des Akademischen Senates (AS) – dem höchsten Entscheidungsgremium der Uni – erfolgreich blockiert hatten, forderten alle zwölf Professor*innen des AS den Rektor auf, den Kürzungsbeschluss per Eilentscheid durchzusetzen.

Mehr auf S.2

Das Problem heißt Rassismus

Die derzeitige Diskussion in Deutschland über den Umgang mit Flüchtlingen ist von Alltagsrassismus bestimmt. Die Problemlagen von Flüchtlingen werden im öffentlichen Diskurs hingegen nicht thematisiert. Vielmehr werden sie selbst als das Problem, als Störfaktor der Sicherheit einer Stadt wahrgenommen und präsentiert. Es wird in keiner Weise reflektiert, dass die diskriminierenden Zustände der deutschen Asylpolitik, die durch die zwangsweise Unterbringung in zentralen Heimen, behördlichen Rassismus und Abschiebungen gekennzeichnet ist, die eigentlichen Missstände sind.

Mehr auf S.9

Inhalt

Studentischer Protest war erfolgreich

2-3

Wohnraumangel: Ein immer aktuelles Thema

3-4

Arbeitgeber auf Schlupflochsuche

4-5

Studentische Hilfskräfte an der Uni

6

Zivilklausel, Drittmitteldatenbank & Langzeitstudiengebühren

7-8

Studium und Verwertung

8-9

Das Problem heißt Rassismus

9-10

Uni goes Blockupy

11

Du bleibst hier!

12

ASTA

RESIST:

Studentischer Protest war erfolgreich

HOCHSCHULPOLITIK Das vergangene Wintersemester war geprägt von lautstarken studentischen Protesten und dem entschlossenen Willen, den Beschluss zu den im Rahmen des Wissenschaftsplan 2020 vorgesehenen Kürzungsplänen, zu verhindern. Nachdem Student*innen drei Sitzungen des Akademischen Senates (AS) – dem höchsten Entscheidungsgremium der Uni – erfolgreich blockiert hatten, forderten alle zwölf Professor*innen des AS den Rektor auf, den Kürzungsbeschluss per Eilentscheid durchzusetzen. Widerstandslos und bereits wenige Tage später wurde dieser Aufforderung gefolgt. Rektor Scholz-Reiter beschloss im Alleingang und auf höchst undemokratischem Wege einschneidende Kürzungsmaßnahmen für die gesamte Universität und ihre Mitglieder.

Nachdem der Wissenschaftsplan im August 2014 unter großem studentischen Protest in der Bremer Bürgerschaft beschlossen wurde, erhielten die Bremer Hochschulen den Auftrag, die Kürzungsvorhaben der Politik eigenhändig umzusetzen. So auch die Uni. Bereitwillig und ohne eine uniweite Debatte beauftragten die Mitglieder des AS ihre Haushaltskommission mit dieser Aufgabe. Diese arbeitete bis Ende November eine Beschlussvorlage aus, die katastrophale Auswirkungen auf uns Student*innen wie einzelne Institute haben sollte. Die Informationspolitik der Uni erwies sich dabei als höchst intransparent bzw. war faktisch nicht vorhanden. Nicht zuletzt waren es Aktive des AStA-Referates für Hochschulpolitik – gestellt von LiSA – die im Zuge eigener Recherche die betroffenen Institute und Mitarbeiter*innen über die konkreten Kürzungsvorhaben informierten.

So war es dann auch der AStA sowie der Kreis des sich regelmäßig treffenden Aktivenplenums, der an der Uni für Wirbel sorgte und so auf die kommenden Kürzungen aufmerksam machte. Neben Schließungen von Studiengängen – Psychologie ist wohl das bekannteste Fach – und Instituten wie das Zentrum für Humangenetik, sollten die studentische Gebühren um

50 € erhöht werden. Auch stand die weitere Finanzierung der Koordi-

>> Wir haben gezeigt, dass niemand so einfach über unsere Köpfe hinweg entscheiden kann. Machen wir weiter! Bleiben wir aktiv, laut und unbequem!<<

nierungs- und Organisationsstelle des Hochschulsports in Frage. AStA und Aktivenplenum entschieden sich deshalb, gegen diesen Kürzungsbeschluss zu protestieren. Unser Ziel war es dabei nicht nur, weitere Kürzungen an der Uni zu verhindern, sondern die politischen Inhalte des Wissenschaftsplan 2020 grundlegend zu kritisieren und eine politische Debatte über die Verteilung von Geldern im Land Bremen anzustoßen. Dem Anspruch folgend, dass Bildung unabhängig, vielfältig und für alle kostenlos zugänglich sein muss, blieb uns nichts anderes übrig, als die AS-Sitzungen zu blockieren. Denn trotz dem Student*innen die größte Statusgruppe an der Universität stellen und von den Kürzungen massiv betroffen sein sollten, stellen sie im AS nur eine Minderheit dar (4 studentische Sitze von insgesamt 22) und haben so faktisch nichts zu

sagen – im Gegensatz zu den Profs, die über die Hälfte der AS-Sitze verfügen.

Über 300 Student*innen verhinderten schließlich am 17. Dezember 2014 erstmals den Kürzungsbeschluss. Im Januar folgte dann der studentische Versuch, eine uniweite Debatte über die geplanten Kürzungen an der Uni zu initiieren. Der Einladung folgten zahlreiche Universitätsmitglieder. Sie diskutierten über Möglichkeiten und Perspektiven, gemeinsam für eine Ausfinanzierung der Uni Bremen zu streiten. Rektoratsmitglieder sowie Professor*innen waren jedoch nicht anwesend – genauso wenig wie die Mitglieder des AS, von denen trotz persönlicher Einladung nur eine einzige nicht-studentische Person erschien. Nachdem sich die studentische Vollversammlung einstimmig gegen die Kürzungen ausgesprochen hatte und von Seiten des AS und Rektorats keinerlei Gesprächsbereitschaft signalisiert wurde, verhinderten aktive Student*innen am 28. Januar erneut den Beschluss. Im Februar folgten schließlich zwei Sondersitzungen, in denen der AS erstmalig auf die studentischen Proteste reagierte und einen Austausch über die Kürzungsvorhaben zuließ. Leider fanden diese Diskussionen auf einer sehr einseitigen Weise statt: Der

buntesrauschen.

Kanzler, Rektor und einige Mitglieder der Haushaltskommission des AS versuchten lediglich, die Kürzungsmaßnahmen zu legitimieren – eine Diskussion darüber, sich als Uni geschlossen gegen jegliche Kürzungen zu stellen und für eine Ausfinanzierung des Bildungs- und Sozialbereichs zu streiten, wurde an den Rand gedrängt und nicht ernst genommen. Als höchstes beschlussfassendes Gremium drückte sich der AS somit vor seiner politi-

ne Anhänger*innen – namentlich alle zwölf im AS vertretenen Profs – schließlich die Kürzungen eigenmächtig und wie verlangt durchzudrücken. Was hat er nun also gebracht, unser studentischer Widerstand? Mit unserem entschlossenen Vorgehen haben wir nicht nur gezeigt, dass wir als studentische Statusgruppe – trotz struktureller Benachteiligung – handlungsfähig und so in der Lage sind, Entscheidungen zu beeinflussen und wenn

Politik des Wissenschaftsplans einschließlich der damit verbundenen Kürzungen gewandt wurde. Auch die mediale Außenwirkung war für die inhaltlichen Anliegen der studentischen Proteste sehr positiv. Die Presse griff unsere Proteste immer wieder auf, nicht zuletzt, weil Student*innen der Fachhochschule ebenfalls beschlossen, vorgesehene Studiengangsschließungen nicht hinzunehmen und entscheidende Sitzungen zu verhindern.



Protestierende Studis feiern die AS-Blockade in der Rotunde

Im Ergebnis wurden schließlich, zumindest sprachlich, weniger drastisch klingende Kürzungsmaßnahmen beschlossen. Nicht zuletzt wurde als Folge der Proteste auch der Passus, die studentischen Gebühren zu erhöhen, aus der Beschlussvorlage gestrichen.

Der Studiengang Psychologie soll nicht mehr abgewickelt, sondern neu aufgestellt werden. Wir haben gezeigt, dass niemand so einfach über unsere Köpfe hinweg entscheiden kann. Machen wir weiter! Bleiben wir aktiv, laut und unbequem!

schen Verantwortung und gab klein bei, statt sich entschlossen gegen Kürzungen zu positionieren. Alles Reden half nicht. In letzter Konsequenz musste die entscheidende AS-Sitzung von Student*innen zum dritten Mal blockiert werden.

Trotz des massiven Protests entschloss sich das Rektorat und sei-

es sein muss, diese auch zu verhindern. Wir haben ein deutliches Zeichen an Politik und Rektorat gesetzt, dass Kürzungen nicht widerstandslos hingenommen werden.

Zugleich ist es uns gelungen, eine universitäts-interne Debatte loszutreten, in der sich deutlich gegen die

Eure Referate für Befreiungsfragen und soziale Bewegungen sowie für Hochschulpolitik.

Einen Überblick und weitere Infos zu den Kürzungsprotesten findet Ihr unter:

www.asta.uni-bremen.de/resist

Wohnraummangel: Ein immer aktuelles Thema

POLITISCHE BILDUNG & SOZIALES Besonders am Semesteranfang ist die WG-Suche für die meisten Studierenden ein Spießrutenlauf quer durch Bremen. Wohnungsnot, Wohnraummangel und Steigende Mieten sind ein akutes Problem in Bremen und anderen Großstädten der BRD. Doch nicht nur Studis sind davon betroffen.

Im jährlichen Rhythmus schafft es das Thema Wohnungsnot und Wohnraummangel für Studierende immer wieder in den Fokus der Medien. So berichtete der Weserku-

rier, im Herbst letzten Jahres, ausführlich über die brisante Situation auf dem bremischen Wohnungsmarkt. Doch auch wenn die Welle der Erstsemester*innen mittlerwei-

le abgeebbt ist: Das Thema Wohnungsnot ist und bleibt aktuell. Denn von Seiten der Rot-Grünen Landesregierung ist keine Verbesserung der Lage in Aussicht ge-

stellt. Im Wissenschaftsplan 2020 ist eine der Aufgaben der Aufgaben des Studentenwerk Bremens für studentischen Wohnraum zu sorgen. „Daher soll in den kommenden Jahren das Angebot des Studentenwerks auf insgesamt 2.500 Plätze ausgeweitet werden.“, heißt es im WSP 2020. Trotz dem offensichtlichen Mangel an öffentlichen und bezahlbaren Wohnraum in Form von Wohnheimplätzen sieht der Plan keine Erhöhung der Mittel für das verantwortliche Studentenwerk vor. Diesem fehlt schlicht und einfach das Geld neue Wohnheime zu bauen, wie etwa am Campus oder in der Überseestadt. Es wird mit der desolaten Situation allein gelassen. So haben nur etwa 7% der Studierenden die Möglichkeit einen Platz im Wohnheim zu bekommen.

Hinzu kommt: Das Land Bremen hat im Bundesdurchschnitt viele BAföG-Empfänger*innen, welche auf günstigen und bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind. Im Wissenschaftsplan heißt es: „Besonders wichtig sind Wohnheim-

plätze für BAföG-Empfänger- und Empfängerin-nen“. Hier laufen die Zahlen gegeneinander: Das Land Bremen hat unterdurchschnittlich



wenig öffentlichen Wohnraum und überdurchschnittlich viele Studierende die auf ihn angewiesen sind. Da ist es gerade zu entsetzend das vor zwei Jahren das exklusiv-Wohnheim „The FIZZ“ dem Studentenwerk ein Grundstück direkt an der Uni, gerade zu vor der Nase weg-

geschnappt hat. „The FIZZ“ nimmt für die Zimmer bis zu 500€ und hat das privat Wohnheim Ende 2012 eröffnet. Hier zeigt sich die Logik der Profitmaximierung und kapitalistischer Verwertung auf Kosten der Mieter*innen und Wohnraum-suchenden.

Diese erschreckende Entwicklung der Mietpreise und des allgemeinen Wohnraummangels, welche nicht nur Studierende betrifft, gilt es unbedingt aufzuhalten, zu kritisieren und zu hinterfragen. Es darf nicht sein, dass Menschen in prekären Situationen an den Rand der Stadt gedrängt werden, während in der Stadt das große Geld mit Wohnraum verdient wird. Leerstand muss abgebaut, der soziale Wohnungsbau gestärkt und steigenden Mieten das Handwerk gelegt werden.

Die Stadt gehört allen!

Arbeitgeber auf Schlupflochsuche

UNIVERSITÄT & GEWERKSCHAFT Seit dem 1. Januar 2015 gibt es in Deutschland einen Mindestlohn. Doch 8,50 Euro sind zu wenig. Zu wenig für eine armutssichernde Rente, zu wenig zum Sparen und zu wenig, um angstfrei konsumieren zu können. Trotzdem attackieren ArbeitgeberInnen und Konservative den Mindestlohn und warnen vor einem arbeitsmarktpolitischen Exodus.

Was schreien sie nicht auf. Handwerkskammern, der Arbeitgeberpräsident und die RegionalvorsteherInnen der CSU. Ein Bürokratiemonster sehen sie in der Dokumentationspflicht, die Teil des Mindestlohngesetzes ist. Die Dokumentationspflicht sieht vor, dass sich Beschäftigte notieren, wann

sie angefangen haben zu arbeiten, wann sie Pause machen und wann der Arbeitstag beendet ist. Diese Angaben können die ArbeitgeberInnen dann vergleichen. Einen Mehraufwand für die Beschäftigten kann dies eigentlich nicht bedeuten. Auch bei einem Arbeitsvertrag wird die zu leistende wöchentliche

Stundenzahl festgehalten. Nun behaupten die ArbeitgeberInnen, sie würden die tatsächlich geleistete Stundenanzahl nicht kennen – wie absurd! Als gäbe es keine Kontrolle darüber, ob die Vertragspflichten der Beschäftigten, also die Arbeitszeiten, eingehalten werden. Als

hätten Vorgesetzte nicht von sich aus ein Interesse zu wissen, wie viel Geld Beschäftigte ihnen einbringen. Chefs, die nicht wissen, wie viel Mehrwert Beschäftigte pro Stunde abwerfen, begreifen nicht einmal die eigene Marktlogik.

Neoliberale Argumente erweisen sich als haltlos

Das arbeitgebernahe Ifo-Institut hat noch 2014 die Massenarbeitslosigkeit der 30er Jahre heraufbeschworen. Eine Million Arbeitslose würde der Mindestlohn verursachen, 8,50 Euro seien viel zu hoch. Das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage der Ware Arbeit würde erheblich gestört werden. Doch das Ifo-Institut vergisst dabei staatlich bezuschusste Arbeitskräfte oder andere Unterstützungsfaktoren wie die Familie, ohne die Menschen im Niedriglohnsektor ohne den Mindestlohn nicht überleben könnten. Das passt nicht ins neoliberale Modell. Doch seit der Einführung des Mindestlohnes ist die tatsächliche Arbeitslosigkeit gesunken, auch in den „gefährdeten“ Niedriglohnbereichen wie der Gastronomie oder dem Friseurgewerbe. Das Gleichgewicht wurde also doch nicht so schnell ins Wanken gebracht, wie das Ifo-Institut behauptete.

Selbst vor dem Oktoberfest macht die Hetze gegen den Mindestlohn nicht halt. Dessen GastwirtInnen beklagten sich kürzlich, dass der Preis durch den Mindestlohn für eine Maß nun steigen wird. Dass der Preis für eine Maß seit Jahren steigt, ist den WiesnwirtInnen anscheinend egal. Eine ähnliche Analogie gibt es im Bäckereihandwerk. Dieses drohe auszusterben, da der Mindestlohn einfach nicht bezahlbar sei. Wer um vier Uhr morgens aufsteht um zu backen, soll halt auch nur vier Euro verdienen. Dass das Bäckereihandwerk schon seit Jahren kurz vor dem Kollaps steht, weil Discounter Industriebrötchen anbieten, spielt keine Rolle.

Arbeitgeber wollen Mindestlohn umgehen

Es echauffieren sich auch diejenigen, die einen Lohn von 3 bis 5 Euro als Einstiegshilfe für Personen ohne Schulabschluss oder Langzeitarbeitslose sehen. Der Friseur, der seit 20 Jahren in Sachsen für 4 Euro pro Stunde ackert, ist aber alles andere als langzeitarbeitslos. „Nehmt uns nicht den Niedriglohnsektor weg!“, hört man die HartzIV-Apologeten schreien. „Doch! Genau das wollen wir!“, muss man da antworten. Wenn Vorgesetzte ihren Beschäftigten nicht genug zahlen können, haben sie am Markt auch nichts zu suchen.

Marktradikale verweisen auf die klassischen Lohnfindungsmechanismen. Lohnfindung sei Sache der Tarifpartner, also der Gewerkschaften und Arbeitgeber, nicht die des Staates. Eingegriffen hat der Staat allerdings durchs Aufstocken schon viel früher. Die Gewerkschaften waren sich lange uneins, was den Mindestlohn betrifft. Schließlich ist das ein Eingriff in die Lohnfindung. Durch die Flucht der ArbeitgeberInnen aus den Tarifverträgen wird die Lohnfindung jedoch ad absurdum geführt. Die sinkende Macht der Gewerkschaften wird nun gesetzlich gestützt. Wie selbstverständlich versuchen aktuell etliche ArbeitgeberInnen mit allen Mitteln den Mindestlohn zu umgehen. Einige RechtsanwältInnen gehen schon in die Offensive und bieten Mindestlohn-Ausweich-Seminare an. Langfristig gibt es jedoch keinen Weg am Mindestlohn vorbei. Und das ist auch gut so.

Paul Naujoks ist AStA-Referent für Universität&Gewerkschaft und aktiv bei der hochschulpolitischen Liste SDS Uni Bremen.

Durchsicht gefällig?

Wir antworten auf die häufigsten Fragen rund um den Mindestlohn.

Bekommen alle Studierende den Mindestlohn?

Nein! Es gibt viele Ausnahmen, die besonders für Studierende interessant sind. Zum Beispiel erhältst du in Pflichtpraktika keinen Mindestlohn. Wenn du nach deinem Studium ein Praktikum machst, das nur drei Monate dauert, dann dient das der Orientierung und muss auch nicht vergütet werden. Immerhin: Nach diesen drei Monaten müssen dich Unternehmen und Institutionen bezahlen.

Ich jobbe in der Gastro. Zählen Trinkgelder zum Mindestlohn dazu?

Nein. Im Mindestlohn sind weder Trinkgelder noch Zahlungen wie Schicht-, Sonn- oder Feiertagszuschläge enthalten. Die bekommst du zusätzlich. Wenn du geringfügig beschäftigt bist, also unter 450 Euro monatlich und weniger als 8,50 Euro verdient hast, muss sich nun entweder deine Arbeitszeit reduzieren (max. 52 Stunden pro Monat) oder du erhältst schlichtweg mehr Kohle. Das würde dazu führen, dass du sozialversicherungspflichtig beschäftigt wärst, was kein Beinbruch ist!

Bekomme ich Urlaubsgeld zusätzlich zum Mindestlohn?

Das ist bisher unklar. Es kann sein, dass das Urlaubsgeld in dein Gehalt oder Lohn integriert wird. In erster Instanz hat das Berliner Arbeitsgericht jedoch geurteilt, dass das Urlaubs- und Weihnachtsgeld nicht auf den Mindestlohn angerechnet werden

Studentische Hilfskräfte an der Uni

UNIVERSITÄT & GEWERKSCHAFT Die Situation studentischer Hilfskräfte an der Universität Bremen

An der Universität Bremen werden 2453 studentische Hilfskräfte beschäftigt und halten den universitären Betrieb am Laufen. Die meisten dieser Beschäftigungsverhältnisse reichen nicht zum Leben aus. Viele Jobs sind auf wenige Stunden pro Woche begrenzt und dauern in der Mehrzahl der Fälle nur einige Monate. Für Studierende, die wenig Geld haben, ist das äußerst prekär. Ein Großteil der studentischen Hilfskräfte hat kurze Verträge von 2-6 Monaten und arbeitet 2-8 Stunden pro Woche. Darüber hinaus orientiert sich der Lohn ausschließlich am Mindestvergabegesetz des Landes Bremens, aber keiner ordentlichen Tarifsteigerung. Aktuell sind das 8,80 Euro. In knapp 10 Jahren ist der Lohn lediglich von 8,02 (2003) über 8,50 (2010) auf 8,80 (2014) Euro gestiegen. Die Inflation frisst somit diesen kleinen finanziellen Sprung wieder auf. Zusätzlich sind studentische Hilfskräfte oft der Willkür der ProfessorInnen ausgesetzt. Im Laufe des Studiums ist es sehr wahrscheinlich, dass sie von diesen auch geprüft werden. Einige wissen dies auch auszunutzen. Arbeit muss im Krankheitsfall nachgeholt werden, Urlaub wird nicht gewährleistet und die Stundenberechnung an sich ist intransparent. Teilweise gibt es Fälle, in denen geleistete Arbeit nicht bezahlt wird, weil Stundenzettel nicht eingereicht wurden. Die Vor- und Nachbereitungszeit von Tutorien wird dabei oftmals wohlwollend übersehen. Urlaub gibt es auch nur nach dem Mindesturlaubsgesetz, also höchstens läpperliche 24 Tage.

Wie könnte die Situation verbessert werden?

Durch einen Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte wie es ihn bspw. in Berlin gibt. Hier wird neben einem Lohn von 10,98 Euro eine monatliche Mindest- (40hs) sowie Maximalarbeitszeit (80hs) geregelt. Besonders die Mindeststundenanzahl bedeutet für Studierende ein sicheres Nebeneinkommen. Zusätzlich werden über den Tarifvertrag Zeit- bzw. Schichtzuschläge geregelt. Dies gilt einerseits für die Arbeitszeit nach 20 Uhr, an Samstagen oder an Feiertagen. Selbst Urlaubsvergütung oder Weihnachtzuschläge sind oder können über einen Tarifvertrag geregelt werden. In Berlin haben studentische Hilfskräfte dank des Tarifvertrages 31 Urlaubstage. Die Arbeitsverträge werden in der Regel über einen Zeitraum von 4 Semestern geschlossen. Damit können Studierende einen ausreichenden Einblick in den wissenschaftlichen Bereich bekommen und haben Planungssicherheit.

Was tun?

Werdet aktiv, organisiert euch und redet miteinander. Die Probleme, die ihr als Einzelne habt, sind auch oft die Sorgen eurer KommilitonInnen. Bei Fragen und Anregungen stehen euch eure gewerkschaftlichen Vertretungen an der Uni zur Verfügung. Dazu gehören die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), das Hochschulinformationsbüro (HIB) oder das AstA-Referat Gewerkschaft und Universität.

dürfen.

Meine Chefin will mir den Mindestlohn nicht zahlen!
Besorg dir für deinen Job einen Vertrag, in dem klar drin steht, wie viel du arbeiten musst und wie viel du dafür bekommst. Hast du Angst davor, von deiner Chefin das Geld einzufordern? Den Mindestlohnanspruch kannst du nach drei Jahren noch rückwirkend einfordern oder gerichtlich erkämpfen. Hierbei ist es ratsam, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein, dessen Rechtsberatung du in Anspruch nehmen kannst

Ich studiere zwar bereits, bin aber noch minderjährig. Habe ich in meinem Job als Zeittungsasutträger Anspruch auf den Mindestlohn?

Leider nicht. Die Lobby der Medienkonzerne hatte großen Einfluss auf die verspätete Einführung des Mindestlohnes, der in dieser Branche erst 2017 eintreten wird. Wenn du minderjährig bist, hast du ohnehin keinen Anspruch auf den Mindestlohn.

Ich bin ehrenamtliche Trainee eines Fußballvereins. Bekomme ich den Mindestlohn?

Nein. Das Ehrenamt bleibt vom Mindestlohn ausgeschlossen.

Was kann ich tun, wenn ich Verstöße gegen das Mindestlohngesetz bemerke?

Wende dich an deine zuständige Gewerkschaft oder ruf die Mindestlohn-Hotline des DGB an: 0391/4088003. Das machen aktuell hundert Betroffene täglich. Oder melde dich bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS). Die sind dafür da, um Verstöße gegen den Mindestlohn zu überprüfen.

Zivilklausel, Drittmitteldatenbank & Langzeitstudiengebühren

Das neue bremische Hochschulgesetz

POLITISCHE BILDUNG & SOZIALES Kurz vor der Bürgerschaftswahl im Mai reformiert die rot-grüne Landesregierung das Hochschulgesetz. Darin enthalten: Eine transparente Drittmitteldatenbank, eine Zivilklausel und das Festhalten an Langzeitstudiengebühren. Die Uni-Leitung, anders als bei Kürzungen, wehrt sich.

Seit dem 12. Januar 2015 liegt ein Entwurf für eine sogenannte „Mini-Novelle“ des bremischen Hochschulgesetzes vor. Das bremische Hochschulgesetz beinhaltet den rechtlichen Rahmen, indem die Uni agieren kann und wird vom Land erstellt und verabschiedet. Die rot-grüne Landesregierung plant mit dieser Novellierung des Hochschulgesetzes, noch vor der Wahl, verschiedene Dinge umzusetzen.

Im Zuge der Novellierung ist vor allem um die Drittmitteldatenbank und die Zivilklausel eine heftige Debatte entbrannt. Die Uni-Leitung wehrt sich konsequent gegen die Vorhaben der Landesregierung.

Laut Aussage der Rektors Bernd Scholz Reiter (BSR) sei vor allem die Drittmitteldatenbank und damit einhergehende Transparenz, kritisch. Der Bremer Uni Schlüssel (BUS) berichtet: „Eine Transparenz, wie sie das geplante Hochschulgesetz einfordert, könnte das Aus vieler Kooperationen bedeuten.“ Es scheint,

das Rektorat sieht die einzige Stärke der universitären Forscher*innen in der mangelnden Transparenz und nicht in ihrer wissenschaftlichen Arbeit. Die Drittmitteldatenbank ist ein erster guter Schritt hin zu einer transparenten Universität. Bisher hatten vor allem Studierenden und Außenstehende keinen Einblick in die Drittmittelgeber*innen und Forschungsprojekte an der öffentlichen Institution Uni. Als steuerfinanzierte und öffentliche Hochschule hat sie eine Verantwortung Rechenschaft über die Forschung abzugeben. Für

die Studierendenschaft bringt die Drittmitteldatenbank ein nützliches Handwerkszeug die Forschung kritisch zu überwachen. Dies ist wichtig z.B. für die Einhaltung der Zivilklausel, da Geldgeber*innen und Forschungsprojekt und -Ziel klar angegeben werden müssen.

Auch bei der geplanten gesetzlichen Zivilklausel gibt es bei BSR und der restlichen Uni-Leitung lange Gesichter. Eine Zivilklausel soll verhindern, dass Rüstungsunternehmen an der Uni forschen, oder dass allgemein für Waffen an der Uni geforscht wird.

Zwar betonte der Rektor in der AS-Sitzung im Februar mensch müsse die „Zivilklausel leben“, aber mit einem klaren Nein gegenüber dem Gesetz wird diese Aussage stark un-

>>Nun ist die Uni-Leitung um BSR gefragt, die Ideen der Novelle aufzunehmen, endlich die gesellschaftliche Verantwortung der Uni ernst zu nehmen.<<

tergraben. Ein nein zur gesetzlichen Zivilklausel bedeutet auch ein Nein zu der Zivilklausel in der Grundordnung der Uni, oder sie wird nicht ernst genommen. Auch sagt der BSR aus: „Es gibt keine Rüstungsforschung an der Uni.“ Wenn es der Fall ist, hätte die Universität mit der gesetzlichen Zivilklausel nichts zu befürchten. Die Zivilklausel im Gesetz ist wichtig, damit die Ablehnung gegenüber Rüstungsforschung und Eingriffen militärischer Akteure erneut deutlich wird und auch auf juristischer Ebene bekämpft werden

kann.

Doch der Gesetzestext für die geplante Zivilklausel ist leider eher enttäuschend. Interessant ist dabei, dass in der „Zivilklausel“ nicht da Wort „zivil“ enthalten ist. Es ist lediglich die Rede davon, dass „die [...] Hochschulen in Forschung, Lehre und Studium ausschließlich friedliche Zwecke“ verfolgen. Das Wort friedlich ist dabei mehr als kritisch, denn auch die Bundeswehr als solches spricht von „Friedensmissionen“ oder von sich als „friedensschaffender“ Akteur. Die Umsetzung der neuen Zivilklausel liegt dabei bei der Universität und wird nicht systematisch dargestellt. Ob eine Uni-Leitung, welche gegen die Zivilklausel ist, ein System für die Einhaltung der Klausel schaffen kann, ist fraglich.

Bei beiden Punkten, Drittmitteldatenbank und Zivilklausel, ist eine kritische Studierendenschaft gefragt, welche die Informationen durch die Datenbank nutzt und für eine Einhaltung der Zivilklausel streitet.

Die Uni-Leitung kritisiert an der Hochschulnovelle vor allem einen zu starken Eingriff in die Souveränität der Universität und in die Forschungsfreiheit. Es stellt sich die Frage, ob Forschungsfreiheit gewährt ist, wenn die Universität unter der Hand Spielball der Wirtschaft. Auch die „staatlichen Drittmittel“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) stellen die Universität unter Konkurrenz-, Wettbewerbszwang und Profilierungswahn.

Die Eingriffe der Landesregierung können der Universität auch Schutz gewähren, Schutz vor einer (noch) stärkeren Ökonomisierung der Uni

und der Fortführung der unternehmerischen Universität. Nun ist die Uni-Leitung um BSR gefragt, die Ideen der Novelle aufzunehmen, endlich die gesellschaftliche Verantwortung der Uni ernst zu nehmen. Die Studierenden würden sie dabei gerne un-

terstützen.

Weitere Infos zu dem Thema bekommt ihr unter pol.bildung@asta.uni-bremen.de oder persönlich im Büro für Politische Bildung & Soziales (Montag 12-16 Uhr Raum A2120).

Studium und Verwertung

Über Konkurrenz, Leistungsdruck und Perspektiven des Widerstandes

KRITISCHE WISSENSCHAFT Die gegebenen Strukturen von denen individuelles Leben und Lernen abhängt sind schon vordefiniert. Das Studium heutzutage spielt sich in einem gesellschaftlichen Kontext ab, dem die Einzelnen wenig entgegenzusetzen haben. Die Angst und das Unbehagen vor dem Versagen in der Zukunft führt dazu, dass sich die meisten von uns Studierenden den Verwertungsmaßstäben fügen. Doch gerade dadurch bleibt alles wie es ist. Wir müssen diesem Fortbestehen entschieden etwas entgegensetzen und uns von den bestehenden Zwängen emanzipieren.

Studieren heißt sich vorzubereiten auf den Arbeitsmarkt, auf die Verwertung in der Lohnarbeit. In kapitalistischer Produktionsweise besteht der Zwang zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft, um sich reproduzieren zu können. Es geht also darum sich und seine*ihre Qualitäten am Markt zu verwerten. Das Bildungs- und Hochschulsystem muss sich der Vormachtstellung eines effizienzorientierten Denkens unterwerfen. Die „unternehmerische Hochschule“, die leistungswillige Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt hervorbringt, wird zum Ideal erkoren.

Im Zuge der Umstellung auf die Bachelor/Masterordnung wird der*die Student_in weniger als ein sich nach seinen individuellen Interessen bildendes Subjekt, sondern vielmehr als ein sich auf den globalen Wettbewerb vorbereitendes Individuum, verstanden. Das Studium verkommt daher mehr und mehr zu einer Art Berufsausbildung, die ebenjene Leistungs- und Verwertungslogik reproduziert anstatt diese selbst kritisch zu reflektieren. Wir finden den Rahmen für unsere Bildung schon vorgefertigt vor und

müssen uns ihm unterwerfen und selbst diese Logik verinnerlichen. So wird der Leistungsdruck zu einem Selbstzwang, der uns Studierende uns selbst antreiben lässt.

Die Leistungsfähigkeit der Einzelnen entscheidet über Erfolg oder Versagen auf dem Arbeitsmarkt. Pflichtveranstaltungen geben vor, welche Inhalte das Studium bestimmen sollen. Creditpoints versuchen die aufgewendete Arbeit messbar zu machen und auf eine Zahl zu reduzieren. Straff geschnürte Module verleihen dem Studium einen gar schulischen Charakter. Viel zu viele Prüfungsleistungen machen es uns schwer das Studium auch als Selbstentfaltung und individuelle Weiterentwicklung zu nutzen. Die Zahlungen von Bafög sind an die Regelstudienzeit geknüpft. Wer nicht genug CP's hat, erhält keine Zahlungen mehr. Es scheint als seien nur die Studierenden förderungswert, die sich dem System problemlos fügen.

Die im Studium vermittelten Lehrinhalte orientieren sich an den Erfordernissen der Unternehmen. Gelehrt wird das, was auch später im Job Verwendung finden kann.

Denken und Lernen, um der Erkenntnis und Selbstverwirklichung willen, lässt sich nicht verwerten und findet deshalb auch unzureichend statt. Eine auf auswendig lernen bedachte Art der Wissensaneignung wird forciert, die jedoch wenig nachhaltig bleibt.

Das am Arbeitsmarkt orientierte Studium fördert Konkurrenzdenken unter uns Studierenden. Die heiß begehrten Jobs sind knapp, deshalb müssen wir uns dementsprechend anstrengen um einen zu bekommen. Die Kommiliton_Innen erscheinen uns dabei mehr und mehr als Konkurrent_Innen.

Anstatt solidarisch miteinander zu leben und zu lernen, scheint es nur noch darum zu gehen, wer die meisten Praktika absolviert und den schickesten Lebenslauf hat. Vielleicht kennt ihr das Gefühl ja auch euch ständig mit euren Kommiliton_innen vergleichen zu müssen. Der eine war ein halbes Jahr in Indien. Die andere macht nun schon das dritte Praktikum in den Semesterferien und ihr steht daneben und fragt euch, wie ihr gegen diese Konkurrent_innen auf dem Arbeitsmarkt überhaupt

bestehen sollt.

Dies führt unter anderem dazu, dass ein Druck der individuellen Profilierung außerhalb des Studiums auf uns Studierenden lastet. Studierende begreifen sich selbst als Projekt, das andauernd verbessert werden muss. Es entsteht das ständige Streben nach Lebenslaufoptimierung durch Schlüsselqualifikationen, Auslands-/Praktika oder bestimmte Jobs, die Berufspraxis bieten. Anders erscheint eine Verwertung auf dem Arbeitsmarkt nicht möglich. Das gesamte Studium ist darauf ausgerichtet am Ende einen Job zu finden. Das Individuum wird zum Mini-Unternehmen.

Doch wir wollen das Studium nicht als eine Zwischenstufe zwischen Schule und Arbeit begreifen. Vielmehr soll es Ausdruck von persönlicher, geistiger Weiterentwicklung

sein. Wir sehen die Uni als einen gestaltbaren, von uns Studis veränderbaren Raum. Unser Leben lässt sich nicht planen und durch gesellschaftliche Erwartungshaltungen lenken. Für uns bedeutet dies sich selbst zu organisieren und eine Emanzipation voranzutreiben, in dem wir selber Arbeitsgruppen, Lesekreise oder Seminare organisieren, die sich nicht auf den Erwerb von Schlüsselqualifikationen ausrichten sondern auf freie, kritische Bildung. Der institutionelle Rahmen muss sich ändern damit ein Studium wieder Zweck an sich und nicht Mittel zum Zweck wird. Es gibt Möglichkeiten sich zu wehren. Ein Anfang kann sein, die weniger werdenden Freiräume zu nutzen und auszubauen, solidarisch und selbstbestimmt zusammen zu lernen und sich auszutauschen. Wir dürfen uns nicht verrückt machen

lassen, sondern müssen stattdessen für ein ganz anderes Bildungs- und Gesellschaftssystem streiten.

Kontakt: Referat für Kritische Wissenschaft

Email: Tobias-Brueck@gmx.de

Das Problem heißt Rassismus

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Asyl Diskurs

KRITISCHE WISSENSCHAFT Die derzeitige Diskussion in Deutschland über den Umgang mit Flüchtlingen ist von Alltagsrassismus bestimmt. Die Problemlagen von Flüchtlingen werden im öffentlichen Diskurs hingegen nicht thematisiert. Vielmehr werden sie selbst als das Problem, als Störfaktor der Sicherheit einer Stadt wahrgenommen und präsentiert. Es wird in keiner Weise reflektiert, dass die diskriminierenden Zustände der deutschen Asylpolitik, die durch die zwangsweise Unterbringung in zentralen Heimen, behördlichen Rassismus und Abschiebungen gekennzeichnet ist, die eigentlichen Missstände sind.

In den letzten Monaten wird in Bremen und der ganzen Bundesrepublik heftig über die Unterbringung von Flüchtlingen, diskutiert. In Bremen entbrannte sich ein Konflikt vor allem um die Unterbringung von straffällig gewordenen, minderjährigen Flüchtlingen. Die Jugendlichen seien unzureichend an das Rechts- und Wertesystem gewöhnt, so heißt es. Deshalb sei eine gesonderte Unterbringung von Nöten, um die Minderjährigen an „deutsches Recht und Gesetz“ zu gewöhnen und sie dementspre-

chend zu erziehen. Dies soll in einer möglichst „reizarmen“ Umgebung außerhalb der Stadt stattfinden. Es geht darum die Jugendlichen durch Disziplinierung und Drill zur Fügsamkeit zu bringen, anstatt auf ihre Bedürfnisse und Gefühle wirklich einzugehen.

Die Vorgehensweise der geschlossenen Unterbringung missachtet den Wunsch nach einem menschenwürdigen Leben. Die derzeitige Diskussion in Deutschland über den Umgang mit Flüchtlingen ist von Alltagsrassismus bestimmt.

Die Problemlagen von Flüchtlingen werden im öffentlichen Diskurs hingegen nicht thematisiert. Vielmehr werden sie selbst als das Problem, als Störfaktor der Sicherheit der Stadt wahrgenommen und präsentiert. Es wird in keiner Weise reflektiert, dass die diskriminierenden Zustände der deutschen Asylpolitik, die durch die zwangsweise Unterbringung in zentralen Heimen, behördlichen Rassismus und Abschiebungen gekennzeichnet ist, die eigentlichen Missstände sind. Die Zustände in den Flüchtlingsheimen sind derzeit desolat. Die Häu-

ser sind in maroden Zuständen und sind überfüllt. Menschen müssen in Containern untergebracht werden, haben kein Bett zur Verfügung. Langwierige Behördengänge und die Angst vor Abschiebungen sind psychisch zermürend. Diese Probleme werden aber den Flüchtlingen zugeschoben, ohne eine Verbesserung ihrer Situation wirklich anzustreben. Nun hat die Stadt eine Sonderunterkunft für die Jugendlichen in Bremen-Farge eingerichtet. Abseits der Innenstadt, wo sie das Stadtbild nicht weiter stören können. Auch in anderen, am Stadtrand angesiedelten, Stadtteilen wie Lilienthal oder Borgfeld wurden Unterbringungen eingerichtet.

In Bremen Nord entstand massiver Protest der Anwohner_innen gegen die Unterbringung der minderjährigen Flüchtlinge. Im Internet, in Medien und auf der Straße wird in menschenverachtender Manier gegen die Betroffenen gehetzt. Rechtsradikale und bürgerliche Rassist_innen protestieren Seite an Seite gegen die Unterbringung der Jugendlichen. Die Gruppe „Rekumer Straße 12- Nicht mit uns!“ organisierte Informationsveranstaltungen für die Anwohner_innen, bei denen es zu rassistischen Verunglimpfungen kam. Zudem wurden einige Kundgebungen abgehalten. Die AfD, BIW und die NPD schüren und befeuern den Hass. Aufgrund

der aufgehetzten Stimmung in Farge kann die Sicherheit der Flüchtlinge nicht gewährleistet werden. Der Senat darf die Sicherheit von Flüchtlingen in Bremen nicht gefährden. Denn der Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Lilienthal zeigt, wie aufgehetzt die Stimmung gegen Flüchtlinge in der Stadt ist und sich in Gewalttaten entlädt. Dieser Anschlag reiht sich ein in die anhaltende Ablehnung

von Flüchtlingen nicht nur in Bremen. In der ganzen Bundesrepublik lässt sich ein Anwachsen von rassistisch motivierten Anfeindungen und Gewalttaten beobachten, der den Betroffenen große Angst bereitet und sie in Unsicherheit leben lässt. Seit dem Auftreten von Pegida, Hogesa und Co. Ist die Gewalt gegen Migrant_innen enorm gestiegen. Fremdenfeindlich motivierte Hetze und Gewalt drohen zum Normalzustand zu werden.

Die Ängste der Bürger_innen vor angeblich zunehmender Unsicherheit oder dem Verlust des Werts der eigenen Immobilien sind von rassistischen Vorurteilen bestimmt. Die Situation droht zu eskalieren, wenn organisierte Neonazis und Anwohner_innen gemeinsam gegen Flüchtlingsunterkünfte vorgehen. Der Gruppe der Gegner_innen von Flüchtlingsunterkünften muss entschieden entgegengetreten werden. Rassistischen Ressentiments darf kein Raum gelassen werden. Die Probleme von Flüchtlingen müssen thematisiert, diskutiert und behoben werden. Für uns ist aber auch klar, dass wir die Unterbringung in Heimen als unzumutbar ansehen und uns für eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten

>>Jede_r sollte das Recht haben Schutz zu suchen und zu finden! Für ein unbeschränktes Bleiberecht für alle!<<

aussprechen. Als AStA rufen wir alle Studierenden dazu auf sich solidarisch mit allen Flüchtlinge zu zeigen und an der Uni und in der Stadt willkommen zu heißen. Wir müssen Rassismus in jeglicher Form entschlossen entgegenwirken.

Auch an Universität Bremen ist die von rassistischen Ressentiments bestimmte Diskussion angekommen. Die öffentlichen Äußerung von Herrn Luft, welcher sich für eine gnadenlose Abschiebepaxis aussprach, reihen sich in diesen Diskurs ein. Der AStA der Universität Bremen verurteilt solche Aussagen an der Uni und in der Gesellschaft.

Darüber hinaus fordern wir eine Ausweitung des In Touch Programms der Universität, welches es Flüchtlingen erlaubt als Gasthörer Veranstaltungen an der Universität Bremen zu besuchen. So kann es ihnen ermöglicht werden sich weiter zu bilden und soziale Kontakte zu knüpfen. Zudem müssen alle von Flüchtlingen erbrachten Studienleistungen anerkannt werden, um ihnen die Chance für den Erwerb eines Studienabschlusses und der persönlichen Selbstverwirklichung zu geben. Wir fordern, dass Flüchtlinge die Möglichkeit erhalten, kostenlos an Programmen des Hochschulsports teilzunehmen. Lagerunterbringung, Residenzpflicht, Gutscheinsysteme und Kettenduldungen gehören abgeschafft.

Jede_r sollte das Recht haben Schutz zu suchen und zu finden! Für ein unbeschränktes Bleiberecht für alle!

Gegen jeden Rassismus – Refugees Welcome!!

Uni goes Blockupy

BEFREIUNGSFRAGEN Während sich die politische Elite Europas in ihrem symbolträchtigen neuen Turm selbst feiert, treibt sie Millionen Europäer*innen immer tiefer in die Armut. Studierende in ganz Europa sind von dieser Politik der Haushaltskürzung und Privatisierung betroffen und sehen sich zunehmender Perspektivlosigkeit ausgesetzt – für uns gute Gründe am 18. März nach Frankfurt zu fahren, um die Eröffnungsparty der Europäischen Zentralbank (EZB) zu ‚übernehmen‘ und sie in ein Zeichen des transnationalen Widerstands zu verwandeln.

Bildung verkommt zur Ware. Wir sind weit entfernt von einer Idee von Bildung als freie Entfaltung und Selbstverwirklichung. Heute geht es vielmehr um Ausbildung und bestmöglicher Verwertbarkeit der erlernten Fähigkeiten. Bildung ist Selbstinvestition und dient dazu die Ware ‚Arbeitskraft‘ auf dem Markt besser zu verkaufen. Dabei geht es Deutschland angeblich so gut wie noch nie. Trotzdem oder vielleicht auch gerade deswegen stehen Kürzungen auf der Tagesordnung, GATS und Bologna machten die Universität zu einer Ausbildungsstätte, die Exzellenzinitiative leistet ihren Beitrag zum Umbau von einer facettenreichen Bildungslandschaft zur eintönigen Leuchtturmlandschaft. Die zentrale Bedeutung der Drittmittel gestaltet die Universität zunehmend marktkonform. Der Konkurrenzkampf zwischen uns Student*innen, z. B. um einen der wenigen begehrten Masterplätze, wächst stetig. So bestimmt Leistungszwang maßgeblich unseren Alltag.

Auch der Streit um die aktuellen Kürzungen an unserer Uni lässt sich gesellschaftspolitisch in diesen Kontext einordnen und zeigt: Sparpolitik wird von den politi-

schen Entscheidungsträger*innen als alternativlos charakterisiert.



Jede*r schiebt die Verantwortung auf die nächsthöhere Instanz. Der Rektor verweist an das Land, das Land an den Bund. Nachdem wir also vor der Bürgerschaft und an der Uni klar gemacht haben, was wir wollen, fuhren wir nach Frankfurt, um unseren Protest direkt den Akteur*innen der EZB, die zu den politisch einflussreichsten Europas gehören, vorzutragen. Sie mischen auf europäischer Ebene politisch maßgeblich mit und setzen die Sparpolitik europaweit durch. Mehr als 18000 Menschen protestierten an diesem Tag auf unterschiedliche Weise gegen diese Armut erzeugende Politik und das kapitalistische System. „Es wird Zeit, dass wir uns von diesem System der Traurigkeit befreien!“, brachte eine Sprecherin des Blockupy Bündnisses die Motivation der Protestierenden auf den Punkt. Das Blockupy Bündnis hatte die Proteste im wesentlichen

organisiert.

Der international getragene Widerstand gegen die EZB-Eröffnung hat uns in unserer Position gestärkt, dass wir uns nicht auf den Staat verlassen dürfen. Das Konzept des Nationalstaates fungiert nicht als Hüter des Gemeinwohls, sondern führt zum gesellschaftlichen Ausschluss vieler, die aus unterschiedlichen Gründen nicht dem vorgegebenen Schemata entsprechen oder entsprechen wollen. Zugleich dürfen wir uns bei unserer Kritik nicht auf ein sogenanntes ‚Finanzkapital‘ fixieren. Stattdessen müssen wir die Komplexität des Systems und dessen Auswirkungen von Antirassismus bis hin zu Wohnraumfragen thematisieren. Denn zu kurz greifende Analysen führen zu zu kurz greifenden Lösungsansätzen.

Blockupy war eine Chance soziale Kämpfe zu verbinden und eine breite radikale Gesellschaftskritik auf die Straße zu tragen. Damit der 18. März kein Ereignis bleibt, muss nun nachgesetzt werden. Habt ihr auch Lust? Dann kommt vorbei oder schreibt uns.

Referat für Befreiungsfragen

AStA Etage StH A2110

Sprechzeiten: dienstags 11-13 Uhr

E-Mail: hopo@asta.uni-bremen.de

Den Aufruf findet ihr unter:

<https://unigoesblockupy.wordpress.com/>

>>Es wird Zeit, dass wir uns von diesem System der Traurigkeit befreien!<<

Du bleibst hier!

Die Anwesenheitspflicht bringt nichts außer Macht für Lehrende. Für ein selbstbestimmtes Studieren gehört sie abgeschafft. Ein Kommentar von Ramona Seeger

Missmutig starren die Anwesenden auf das Blatt Papier. Es ist ein mechanischer Ablauf. „Bitte durchreichen und eintragen. Wer mehr als zweimal fehlt, kann sich nicht zur Prüfung anmelden.“ Mit ärztlichem Attest? „Nein, auch nicht. Dann erbringen Sie bitte eine Ersatzleistung.“

Diese Situation kennen Studierende bundesweit: Die Anwesenheitsliste geht rum. Dozierende rechtfertigen sie mit den krudesten Argumenten. Zum Beispiel mit der besseren Planbarkeit von Seminarstunden. Doch sind Seminare durch eine Anwesenheitspflicht didaktisch wertvoller aufbereitet? Wohl kaum. Plausibler erscheint das Argument des Leistungsnachweises. Aber was ist physisches Erscheinen für eine Art von Leistung? Ein Narr, wer körperliche mit geistiger Anwesenheit verwechselt! Die zwanghafte Pflicht, körperlich im Seminar zu erscheinen, ist nichts weiter als ein Macht- und Kontrollinstrument. Und als solches gehört sie abgeschafft.

Abwesenheit in Seminaren hat dabei nichts mit Faulheit zu tun. Denn gute Gründe, eine Vorlesung nicht zu besuchen, gibt es viele. Sie betreffen das Studium, die universitäre Lehre oder das Privatleben von Studierenden. So kann es sinnvoller sein, einen Text in der Bibliothek zu lesen, als in überfüllten Hörsälen auf PowerPoint-Folien zu starren. Für Mütter und Väter kann die plötzliche Erkältung ihres Kindes einen Seminarbesuch durchkreuzen. Und die meisten Studierenden müssen neben dem Studium arbeiten. Völlig absurd wird die Forderung nach körperlicher Anwesenheit, wenn sich Lehrveranstaltungen überschneiden.

Finderlohn für Anwesenheitslisten

Das Studium ist nicht mit der Schulzeit zu verwechseln. Weil sich Studierende nicht vierteilen können, müssen sie Prioritäten setzen. Sie müssen in der Lage sein, ihre Zeit selbstständig einzuteilen. Und sie müssen entspannen dürfen. Nur ein selbstbestimmtes Studieren kann das

berücksichtigen. Um dieses Ziel zu erreichen, wehren sich Studierende mit kreativen Aktionen gegen die Anwesenheitspflicht. In Münster hat der AStA einen Anwesenheitsmelder ins Leben gerufen. Denn obwohl die Anwesenheitspflicht gesetzlich in Nordrhein-Westfalen untersagt ist, umgehen Dozierende das Verbot ständig. Studierende können dort per Onlineformular die Seminare melden, in denen Anwesenheit gefordert wird. So wird der Gesetzesbruch transparent. An der FU Berlin eröffnete die Studierendenvertretung nach Wiedereinführung der Anwesenheitspflicht ein Fundbüro für Anwesenheitslisten. Denn Anwesenheitslisten würden „stark dazu neigen, verloren zu gehen“, heißt es dazu auf der Webseite. Für das Aufspüren der Listen winkt den fleißigen Findern sogar ein Preis.

Impressum

AStA Uni-Bremen
Bibliothekstraße 3/StH
28359 Bremen
Tel.: (0421) 218- 69733
Fax: (0421) 218-69734
Mail: asta@uni-bremen.de



pnuterasnschen.